

# Viertes kantonale Flüchtlingsparlament: Dialogabende 2025 - 2026 im Rathaus Aarau

## Viertes kantonales Flüchtlingsparlament Aargau 1. Dialogabend 22. September 2025



## Viertes kantonales Flüchtlingsparlament Aargau 2. Dialogabend 16. September 2025 mit GR Andre Rotzetter und GR Lukas Huber



### **Viertes kantonales Flüchtlingsparlament Aargau 3. Dialogabend 05. November 2025 mit Kantonsverwaltung (Pia Maria Brugger, Sibel Karadas, Stefan Alexander)**



### **Viertes kantonales Flüchtlingsparlament Aargau 4. Dialogabend 12. November 2025 mit GR Therese Dietiker (EVP), GR Lucia Engeli (SP)**



## Viertes kantonales Flüchtlingsparlament Aargau 5. Dialogabend 12 Januar 2026 Mit GR Barbara Borer-Mathys (SVP), Alt-GR Karin Faes (FDP)



### Übersicht über das vierte kantonale Flüchtlingsparlament Aargau mit zwölf Treffen von vier Kommissionen, und 5 Dialogabende 2025 - 2026 im Rathaus Aarau

Fortschritt und Dank an Fachpersonen, Organisationen.....	5
Besprechung Inputs Phase .....	5
Statements durch die Gäste.....	6
Podiumsdiskussion .....	7
Medienbeitrag .....	9
Medienmitteilung Jahr 2025 - 2026.....	9
Finanzbericht .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>

## Zusammenfassung

Die vierte Flüchtlings-session Aargau war ein grosser Erfolg dank der sorgfältigen Vorbereitung und dem grossen Engagement von Geflüchteten, Fachpersonen und der Politik. Seit der Session im 2023 haben sich Delegationen vom Flüchtlingsparlament Aargau immer wieder mit hohen Vertretungen des Kantonalen Sozialdienstes (KSD), des Migrationsamts (MIKA), dem Bildungsdepartement und anderen Departementen und Ämtern, die über Geflüchtete entscheiden, getroffen, um Vorschläge und Strategien aus den ersten drei Sessionen von 2022 bis 2024 auszutauschen. Alle sieben Parteien wurden für das Podium an den Sessionen eingeladen und haben meistens zugesagt.

Nach einer Auswertung von 2024 hat sich die Steuergruppe für eine neue Struktur entschieden. Anstatt einer grossen Session wurde eine Reihe von Dialogabenden mit Politik und Verwaltung geplant, um einen intensiveren Austausch zu fördern. Dafür wurden alle Parteien im Grossen Rat, den Regierungsratspräsidenten und drei Führungspersonen aus MIKA und KSD eingeladen. Weiter wurden vier themenbezogene Kommissionen von Flüchtlingsparlamentarier:innen gebildet, die ihre Anliegen je an drei Vorbereitungstreffen formuliert und geübt haben

Die neue Struktur hat sich als erfolgreich erwiesen. Der Austausch an jedem Abend mit bis drei Gästen war intensiv, offen und ehrlich. Die Rückmeldungen von allen Beteiligten waren positiv, auch wenn politische Meinungsunterschiede geblieben sind.

Geflüchtete aus dem Kanton Aargau haben sich im Sommer 2025 anhand der Ausschreibung für die Kommissionen angemeldet. Die Steuergruppe traf sich wiederholt, um die Vorbereitungen, die Einladungen und die Strategien zu koordinieren. Fast 70 Geflüchtete haben sich für die vier Kommissionen angemeldet, die sich je dreimal im August und September online jeweils für rund 2,5 Stunden getroffen haben, um nächste Schritte für die Dialogabende zu planen. Im Laufe des Jahres 2025 fanden vier Dialogabende statt, ein weiterer im Januar 2026.

Bei den Dialogabenden wurden gezielt Grossratsmitglieder aus EVP, Mitte, GLP, SP, FDP und SVP sowie Regierungsräsident Dieter Egli und KSD und MIKA (als Vertretung der Kantonalen Verwaltung) eingeladen. Den Teilnehmenden wurden konkrete Themen und Fragestellungen vorgelegt, zu denen gemeinsam Lösungen erarbeitet wurden. Ein Hauptthema war die Möglichkeiten für Partizipation statt Sündenbock-Politik im Bereich Asyl und Integration.

## Dank an Fachpersonen, Organisationen

Einen grossen Dank für die Begleitung und Unterstützung der Kommissionen geht an folgenden Fachpersonen, Organisator:innen sowie die unterstützenden Organisationen für die Durchführung von der Kommissionssitzungen und Dialogabende:

### Fachpersonen

- Bettina Looser, Geschäftsleiterin, Eidg. Migrationskommission

- Nadja Fuchs, SAH, AMIE-F
- Liudmila Kashtalian, SEM
- Nora Burla, VSS

### Organisator:innen

- NCBI Schweiz
- Verein Netzwerk Asyl Aargau

### Wir danken auch die folgenden Unterstützenden

- Kantonales Integrationsprogramm (KIP), Amt für Migration und Integration

## Besprechung Inputs Phase und Statements

An den Dialogabenden haben die Kommissionsvorsitzende und -mitglieder von den folgenden vier Kommissionen (KM) die Frage „Warum ist Partizipation in der Migrationspolitik so wichtig?“ beantwortet und Anliegen präsentiert sowie diskutiert.

Kommission 1: Bildung (Sprachkurse, Schule, Ausbildung, Studium)

Kommission 2: Menschen in Not (psychologische belastete und abgewiesene Asylsuchende)

Kommission 3: F-Status und S-Status (Lebensbedingungen)

Kommission 4: Menschen mit Beeinträchtigung (Zugang zur Unterstützung)

## Darauf folgte ein Statement von den jeweiligen Gästen auf die folgenden Fragen:

- Was ist zentral für Sie in der Asyl- und Integrationspolitik und um Teilhabe von Geflüchteten im Kanton Aargau zu stärken?
- Inwiefern unterstützen Sie Massnahmen, die das Leben von Geflüchteten hier erschweren, um die Schweiz für Geflüchtete weniger attraktiv zu machen? Manche solche Massnahmen erschweren die Integration und die finanzielle Selbstständigkeit.
- Wie gehen Sie damit um, wenn Massnahmen auf diese Art kontraproduktiv sind?
- Inwiefern können Geflüchtete durch Bildung und Integration helfen, dem Fachkräftenmangel entgegenzuwirken?

### Einige Ergebnisse der Dialogabende:

Zwei Mütter schilderten ihre Schwierigkeiten, eine Ausbildung in der Schweiz zu absolvieren, da die Kinderbetreuung je nach Gemeinde nicht finanziert wird und meist nur der Vater bei der Arbeitsintegration gefördert wird. Die **Kommission Bildung** verwies auf Programme wie Mütter in Ausbildung (MIA) oder AMIE-F in anderen Kantonen, die gezielt in Mütter investieren, sodass diese nach einer Ausbildung selbstständig werden. Eine der Mütter musste zehn Jahre auf eine Weiterbildung warten, ein Verlust für sie, ihre Familie und die Schweiz. Herr Egli betonte, dass ein Umdenken notwendig sei, um Geflüchtete als Ressource im Hinblick auf den bekannten Fachkräftenmangel zu sehen. Das Parlament müsse jedoch noch überzeugt werden, wie die skeptischen Antworten gewisser Grossratsmitglieder erwiesen. Im Dialog mit der Verwaltung zeigte sich eine Offenheit, die Arbeitsintegration von Frauen, insbesondere Mütter, sowie älteren Geflüchteten zu fördern.

## Bericht Flüchtlingsparlament 2025 - 2026 im Rathaus Aarau

Die Kommission stellte zudem Fragen zur Höhe von Ausbildungsstipendien für geflüchtete Eltern, deren ausländische Abschlüsse (z.B: als Jurist:in) in der Schweiz nicht anerkannt werden. Herr Egli fragte sich, inwiefern diese spezifische Situation bei der Entwicklung der Stipendien berücksichtigt wurde. Betroffene hoffen auf eine zunehmende Umsetzung der im Reglement vorgesehenen Erhöhung pro Kind. Das Flüchtlingsparlament hofft auf einen Dialog mit der kantonalen Stelle, die zuständig für Stipendien ist.

Die **Kommission Menschen in Not** griff den jüngst vom Parlament beschlossenen Einsatz von «Bezahlkarten» ohne Bargeldzugang auf und wies auf zahlreiche Umsetzungsprobleme hin: eingeschränkte Mobilität, fehlendes Taschengeld für Kinder, notwendige Barzahlungen bei Schulanlässen, auf Flohmärkten oder für Berry-Pflücken. Auch beim Kauf günstiger Gebrauchtwagen via Twint sei online Gebrauchbarkeit unverzichtbar. Herr Egli erklärte, die Regierung habe gehofft, das Parlament würde Zeit für eine Analyse dieser Schwierigkeiten einräumen. Nun werde nach einer praktikablen Lösung gesucht. Viele Dialog-Gäste zeigten Offenheit gegenüber solchen Schwierigkeiten und haben angeboten, die Schwierigkeiten der Geflüchteten dabei zu berücksichtigen.

Diese Kommission fragte auch, ob ausreisepflichtige Kinder Zugang zu Spielgruppen und Jugendliche Zugang zu Berufslehren erhalten können, wie es nationale Empfehlungen zu Kinderrechten und andere Kantone vorsehen. Herr Egli betonte, dass Spielgruppen im Jahr vor dem Schuleintritt sowie der Abschluss begonnener Lehren möglich sein sollten. Das Flüchtlingsparlament fordert jedoch den Ausbau solcher kinderrechtskonformen Massnahmen, damit Kinder nicht aufgrund des Status ihrer Eltern in ihrer Entwicklung benachteiligt werden. Viele Dialog-Gäste zeigten Interesse daran, dass diese Kinder eine angemessene Förderung erhalten. Zwei zeigten Bereitschaft, eine Anfrage im Grossen Rat einzureichen.

Die **Kommission F- und S-Status** thematisierte die prekären Bedingungen in der Temporärarbeit, die keine nachhaltige Selbstständigkeit ermögliche. Herr Egli würdigte einerseits die Leistungen dieser Branche, zeigte aber auch Verständnis, dass vollständige Integration weitergehende Schritte erfordert. Diese Fragestellung sei für ihn und die andere Gäste neu gewesen, er dankte für die Information. Die Grossrätinnen am letzten Dialogabend waren skeptisch, dass der Zugang zur Ausbildung erleichtert werden soll, insbesondere für Geflüchtete ohne klares Bleiberecht. Sie haben darauf hingewiesen, dass in ihrer Erfahrung auch Ungelernte gut verdienen könnten.

Da der Bund Ende Oktober den Bewilligungspflicht für Schutzsuchende aus der Ukraine mit einem Meldepflicht zu ersetzen, wurde in den letzten Dialogabenden die Möglichkeiten, Betroffene und Arbeitgebende wirksam darüber zu informieren.

Ein weiteres Thema war der Bedarf an ruhigen Lernplätzen für Jugendliche in Kollektivunterkünften. Wer sich ein Zimmer mit mehreren Personen teilt, darunter auch unbeschäftigte Jugendliche, hat Mühe, einen Lehrabbruch zu vermeiden. Herr Egli erkannte den Bedarf an und erklärte, dass die Suche nach geeigneten Unterkünften für das Asylwesen grosse Herausforderungen mit sich bringe. Grossratsmitglieder haben darauf hingewiesen, dass knapper Wohnraum für Geflüchtete ein grosses Problem darstellt.

## Podiumsdiskussion

Danach präsentierten Flüchtlingsparlamentarier:innen ihre Fragen an die Gäste und sie haben kommentiert:

- Herr Dieter Egli am 1. Dialogabend
- Herr Andre Rotzetter Mitte, Herr Lukas Huber GLP am 2. Dialogabend
- Frau Therese Dietiker EVP, Frau Lucia Engeli SP am 3. Dialogabend
- Kantonsvertreter:innen (Frau Pia Maria Brugger, Frau Sibel Karadas, Herr Stefan Alexander) am 4. Dialogabend
- Frau Barbara Borer-Mathys SVP, Frau Karin Faes FDP am 5. Dialogabend

**Die Gäste haben auf die Fragen von allen vier Kommissionen geantwortet:**

### Kommission 1: Bildung

1. Wie kann die Stipendienvergabe für Aargau verändert werden, um eine Umschulung bei nicht anerkannten bzw. nicht in der Schweiz direkt nützlichen Diplomen zu ermöglichen und um die Bedürfnisse der Familien zu berücksichtigen?

2. Öffnung des Stipendienzugangs für Vorläufige Aufgenommene: Das wurde im Grossen Rat vor 2 Jahren abgelehnt. Ist das möglich?

3. Vergabe von Stipendien auch für Brückenangebote als Vorbereitung auf ein Studium. Ist das möglich?

Konkrete Beispiele von ungenügend grosse Stipendien für Geflüchtete mit Familien wurden präsentiert.

Auch die Entwicklung von Angeboten für die Arbeitsintegration für Mütter wurde besprochen.

### Kommission 2: Menschen in der Not

#### Thema 1:

1. Mit der vom Grossen Rat angenommenem Bezahlkarte werden Menschen im Alltag sofort als ‚Nothilfe-Beziehende‘ erkennbar. Viele Betroffene haben Angst, dadurch an der Kasse ausgegrenzt oder sogar bedroht zu werden. Finden Sie es mit der Menschenwürde vereinbar, wenn ein staatliches System Menschen so sichtbar stigmatisiert?

2. Die Karte soll nur im Aargau gültig sein. Das bedeutet: Ein Kind kann sich in Olten kein Zugbillet kaufen, eine Familie kann in Solothurn nicht einmal die Toilette bezahlen. Halten Sie es für richtig, dass Betroffene durch eine kantonale Regelung praktisch die Bewegungsfreiheit verlieren?

3. Viele Familien befürchten, mit der Bezahlkarte kein halales Fleisch mehr kaufen zu können oder nur noch in bestimmten Geschäften einkaufen zu dürfen. Auf dem Flohmarkt, beim Beeren Pflücken auf dem Acker, am Wochenmärkt, im Brockenhaus, bei Facebook-Markt usw. wird eine Karte wahrscheinlich nicht nutzbar. Welche konkreten Garantien werden Sie geben, dass Menschen nicht gezwungen werden, ihre Religion oder Kultur im Alltag zu verletzen oder teuer einkaufen zu müssen?

4. Wie kann das Flüchtlingsparlament bei der Planung der Umsetzung mitreden?

## **Thema 2:**

1. In anderen Kantonen dürfen Kinder in der Nothilfe eine Spielgruppe bzw. einen (Sport)Verein besuchen. Können Sie erklären, warum in Nachbarkanton das Kindeswohl Vorrang hat, während unsere Kinder ausgeschlossen bleiben würden?
2. Jugendliche in der Nothilfe haben in Luzern Zugang zu einer Lehre. Hier im Aargau bleiben sie jahrelang ohne Perspektive. Wie rechtfertigt man gegenüber diesen Jugendlichen, dass ihr Lebensweg vom Kanton abhängt, in dem sie zufällig leben?
3. Die UNO-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Schweiz, das Wohl jedes Kindes zu schützen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Wie will der Kanton Aargau dieser Verpflichtung nachkommen, wenn Kinder in der Nothilfe hier systematisch von Bildung, Entwicklung und Integration ausgeschlossen werden?

## **Kommission 3: F und S Status**

1. Viele Geflüchtete werden derzeit nur über temporäre Anstellungen bei Personalvermittlungsfirmen beschäftigt. Sobald sie eine Festanstellung anstreben, verlieren sie häufig ihre Stelle und werden erneut in befristete, schlechter bezahlte Verträge vermittelt. Dies erschwert ihre berufliche und soziale Integration erheblich. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Situation nachhaltig zu verbessern und den Betroffenen mehr Stabilität zu ermöglichen?
2. Geflüchtete, die in Kollektivzentren wohnen und gleichzeitig eine Ausbildung absolvieren oder arbeiten, haben oft grosse Schwierigkeiten, sich auf den Unterricht vorzubereiten oder berufliche Aufgaben zu erledigen, da keine ruhigen oder geeigneten Arbeitsräume zur Verfügung stehen. Wäre es denkbar, für diese Personen separate Räume bereitzustellen oder innerhalb der Zentren Arbeitsbereiche zu organisieren, um ihre Bildung und Integration besser zu unterstützen?
3. Ukrainische Schüler:innen mit Beeinträchtigungen oder Lernschwierigkeiten besuchen derzeit die Steiner-Schule in Lenzburg. Die Schulleitung hat die Eltern informiert, dass einige dieser Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 keinen Platz mehr dort haben werden. Wer ist in einem solchen Fall zuständig, eine geeignete Lösung oder Anschlussmöglichkeit für diese Kinder zu finden?

## **Kommission 4: Beeinträchtigung**

1. Wie kann der Kanton Aargau gewährleisten, dass geflüchtete Personen mit körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen sowie deren Familienangehörige im Rahmen eines Härtefallgesuchs nicht durch eingeschränkte Sprachkenntnisse oder mangelnden Zugang zu Sprachkursen benachteiligt werden, und welche strukturellen Massnahmen sind erforderlich, um sprachliche Barrieren im Verfahren nachhaltig abzubauen?
2. Wie kann im Kanton Aargau gewährleistet werden, dass geflüchtete Personen mit Beeinträchtigung und deren Familienangehörige in die Integrationsstrukturen einbezogen werden und dass ihnen bei

Bericht Flüchtlingsparlament 2025 - 2026 im Rathaus Aarau

nachgewiesenem Bedarf der Anspruch auf Hilflosenentschädigung oder äquivalente Unterstützungsleistungen gewährt wird?

## Medienbeiträge

Das Flüchtlingsparlament Aargau hat mit mindestens 6 Berichten einiges an Medienaufmerksamkeit erreicht.

SRF Regionaljournal AG/S= (ab Minute 5:20): [https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-aargau-solothurn/notschlafstelle-olten-macht-weiter-dank-pfarrer-sieber?id=AUDI20251002\\_NR\\_0012](https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-aargau-solothurn/notschlafstelle-olten-macht-weiter-dank-pfarrer-sieber?id=AUDI20251002_NR_0012)

Link zum SRF Beitrag über die Veranstaltung im Januar. Das Audio beginnt bei Minute 7.15.:  
[https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-aargau-solothurn/zwischenbilanz-zum-handyverbot-an-aargauer-schulen?id=AUDI20260114\\_NR\\_0069](https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-aargau-solothurn/zwischenbilanz-zum-handyverbot-an-aargauer-schulen?id=AUDI20260114_NR_0069)

SRF zu Flüchtlingsparlament und SVP (Siehe Ahang)

Artikel Aargauer Politik:

<https://www.aargauerpolitik.ch/fluchtlingsparlament-im-intensiven-dialog-mit-landammann-dieter-egli/>

<https://www.aargauerpolitik.ch/letzter-von-funf-aargauer-asyl-dialogabenden-ohne-sundenbock-politik/>

KKF „Flüchtlingsparlament als Resonanzraum im Aargau“ Siehe Anhang.

Unten sind auch zwei von unseren Medienmitteilungen. Darüber wurde auch über Websites und Social Media berichtet.

## Medienmitteilung

Jahr 2025

**Interviews mit Flüchtlingsparlamentarier:innen sowie Besuch der weiteren Dialogveranstaltungen mit Politik und Verwaltung sind mit Voranmeldung möglich**

### Medienmitteilung

**Kontakt:** Ron Halbright, [ron.halbright@ncbi.ch](mailto:ron.halbright@ncbi.ch), 076 490 10 50

**Kontakt:** Mohamed Abdulkadir, [m.abdulkadir@gmx.ch](mailto:m.abdulkadir@gmx.ch), 077 470 99 49

### **2. „Aargauer Asyl-Dialogabend ohne Sündenbock-Politik“ des 4. Kantonalen Flüchtlingsparlamentes: am Donnerstagabend 16.10.25: Geflüchtete stehen im intensiven Dialog mit Grossratsmitgliedern nach gelungenem Austausch mit Landammann Dieter Egli**

Der zweite von vier Dialogabenden des Aargauer Flüchtlingsparlamentes mit Politik und Verwaltung findet am Donnerstagabend 16. Oktober mit Grossräten Andre Rotzetter (Mitte) und Lukas Huber (GLP) im Rathaus Aarau ab 19 Uhr statt. Der erste war am 22. September mit Landammann Dieter Egli. Unter dem Motto «**Partizipation und Dialog statt Sündenbock-Politik**» diskutieren rund 20 Aargauer Geflüchtete in Kommissionen erarbeitete Vorschläge an vier Abenden mit kantonalen Entscheidungstragenden, diesmal in einer völlig neuen Dialogstruktur. Im Zentrum stehen die Stimmen der Geflüchteten selbst: ihre Sichtweisen, Anliegen und konkreten Lösungsvorschläge für eine faire, menschliche und nachhaltige Asyl- und Integrationspolitik im Kanton Aargau. Alle Anwesenden empfanden den ersten Austausch mit Herrn Egli als fruchtbar. Herr Egli ermutigte die Geflüchteten, den Dialog auch mit anderen Entscheidungsträgern auf kommunaler und kantonaler Ebene fortzusetzen, da Veränderungen Zeit und Sensibilisierung erfordern.

#### **Einige Ergebnisse des ersten Dialogs:**

Zwei Mütter schilderten ihre Schwierigkeiten, eine Ausbildung in der Schweiz zu absolvieren, da die Kinderbetreuung je nach Gemeinde nicht finanziert wird und meist nur der Vater bei der Arbeitsintegration gefördert wird. Die **Kommission Bildung** verwies auf Programme wie Mütter in Ausbildung (MIA) oder AMIE-F in anderen Kantonen, die gezielt in Mütter investieren, sodass diese nach einer Ausbildung selbstständig werden. Eine der Mütter musste zehn Jahre auf eine Weiterbildung warten, ein Verlust für sie, ihre Familie und die Schweiz. Herr Egli betonte, dass ein Umdenken notwendig sei, um Geflüchtete als Ressource im Hinblick auf den bekannten Fachkräftemangel zu sehen. Das Parlament müsse jedoch noch überzeugt werden.

Die Kommission stellte zudem Fragen zur Höhe von Ausbildungsstipendien für geflüchtete Eltern, deren ausländische Abschlüsse (z.B. als Jurist:in) in der Schweiz nicht anerkannt werden. Herr Egli fragte sich, inwiefern diese spezifische Situation bei der Entwicklung der Stipendien berücksichtigt wurde. Betroffene hoffen auf eine zunehmende Umsetzung der im Reglement vorgesehenen Erhöhung pro Kind.

Die **Kommission Menschen in Not** griff den jüngst vom Parlament beschlossenen Einsatz von «Bezahlkarten» ohne Bargeldzugang auf und wies auf zahlreiche Umsetzungsprobleme hin: eingeschränkte Mobilität, fehlendes Taschengeld für Kinder, notwendige Barzahlungen bei Schulanlässen, auf Flohmärkten oder für Berry-Pflücken. Auch beim Kauf günstiger Gebrauchsgüter via Twint sei online Gebrauchbarkeit unverzichtbar. Herr Egli erklärte, die Regierung habe gehofft, das Parlament würde Zeit für eine Analyse dieser Schwierigkeiten einräumen. Nun werde nach einer praktikablen Lösung gesucht.

Diese Kommission fragte auch, ob ausreisepflichtige Kinder Zugang zu Spielgruppen und Jugendliche Zugang zu Berufslehren erhalten können, wie es nationale Empfehlungen zu Kinderrechten und andere Kantone vorsehen. Herr Egli betonte, dass Spielgruppen im Jahr vor dem Schuleintritt sowie der Abschluss begonnener Lehren möglich sein sollten. Das Flüchtlingsparlament fordert jedoch den Ausbau solcher kinderrechtskonformen Massnahmen, damit Kinder nicht aufgrund des Status ihrer Eltern in ihrer Entwicklung benachteiligt werden.

Die **Kommission F- und S-Status** thematisierte die prekären Bedingungen in der Temporärarbeit, die keine nachhaltige Selbstständigkeit ermögliche. Herr Egli würdigte einerseits die Leistungen dieser Branche, zeigte aber auch Verständnis, dass vollständige Integration weitergehende Schritte erfordert. Diese Fragestellung sei für ihn neu gewesen, er dankte für die Information.

## Bericht Flüchtlingsparlament 2025 - 2026 im Rathaus Aarau

Ein weiteres Thema war der Bedarf an ruhigen Lernplätzen für Jugendliche in Kollektivunterkünften. Wer sich ein Zimmer mit mehreren Personen teilt, darunter auch unbeschäftigte Jugendliche, hat Mühe, einen Leiharbruch zu vermeiden. Herr Egli erkannte den Bedarf an und erklärte, dass die Suche nach geeigneten Unterkünften für das Asylwesen grosse Herausforderungen mit sich bringe.

Die neu gegründete **Kommission Beeinträchtigung** wies darauf hin, dass Geflüchtete mit Behinderungen und deren Familien mit Pflegeverantwortung stärker berücksichtigt werden müssen. Herr Egli verwies auf kantonale Bemühungen, etwa Deutschkurse auch für Seh- oder Hörbeeinträchtigte zugänglich zu machen. Solche Massnahmen seien anspruchsvoll, doch versuche der Kanton, seine begrenzten Ressourcen auch hier wirksam einzusetzen.

Die **weiteren Dialogabende** finden jeweils um 19 Uhr im Rathaus Aarau statt: mit Vertreter:innen der Verwaltung am 5.11.25 sowie weiteren Mitgliedern des Grossen Rates aus mehreren Parteien am 12.11. Ziel ist ein ehrlicher Dialog auf Augenhöhe über bestehende Herausforderungen, aber auch über konkrete Chancen zur Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen.

Zur Vorbereitung trafen sich rund 60 Aargauer Geflüchtete in vier Online Kommissionen jeweils dreimal von 18.8. bis 5.9.. Die vier Kommissionen des Flüchtlingsparlaments bestehen aus über zehn Herkunftsländern und bereiteten sich seit August intensiv auf die Dialogabende vor. Sie arbeiten zu folgenden Schwerpunkten:

- **Kommission Bildung:** Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Studium, auch für geflüchtete Mütter.
- **Kommission Menschen in Not:** Umgang mit psychischer Belastung und die Situation abgewiesener Asylsuchender.
- **Kommission F- und S-Status:** Lebensbedingungen und Arbeitsintegration.
- **Kommission Beeinträchtigung:** Fairer Zugang zu Informationen, Beratung und Unterstützung.

*„Wir schätzen die Offenheit von Politik und Verwaltung im Kanton Aargau, mit Geflüchteten in den Dialog zu treten, das ist keine Selbstverständlichkeit“, sagt Shishai Haile vom Flüchtlingsparlament Aargau. „Doch gleichzeitig nimmt die Sündenbock-Politik auf Kosten der Geflüchteten zu. Wer mit Verallgemeinerungen und Verschlechterungen der Lebensbedingungen politisch punkten will, sabotiert die wichtigen Integrationsbemühungen des Kantons und der Betroffenen und erhöht die Sozialhilfeabhängigkeit.“*

### Hintergrund:

Erste Erfolge und offene Baustellen: Bereits in den vergangenen drei Jahren konnten durch das Flüchtlingsparlament konkrete **Verbesserungen** erreicht werden:

- Erhöhung der Altersgrenze für Arbeitsintegrationsprogramme «INVOL» auf 40 Jahre
- Anpassung der Tagesgelder für die Asylsozialhilfe
- Ausbau der psychologischen Betreuung
- Verbessertes Zugang zur Integration für geflüchtete Mütter
- Infoveranstaltungen zur Arbeitsintegration für ukrainische Geflüchtete

**Nicht alle Anliegen fanden jedoch Gehör:** Ein Vorstoss für Ausbildungsstipendien für vorläufig Aufgenommene wurde vom Grossen Rat abgelehnt, trotz klarer Vorteile für Integration und Selbstständigkeit. Die Bezahlkarte wurde vom Grossen Rat trotz Einwände vom Regierungsrat angenommen.

**Geflüchtete mit Beeinträchtigungen:** Eine übersehene Gruppe. Zum zweiten Mal widmete sich eine Kommission gezielt der Situation geflüchteter Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Bilanz ist alarmierend: massive Informationslücken, kaum barrierefreie Angebote und unzureichende Unterstützung prägen den Alltag vieler Betroffener. Das Flüchtlingsparlament fordert, diese Gruppe künftig systematisch zu berücksichtigen und inklusiv zu denken.

**Nationale Perspektive:** Kinderrechte werden in der Nothilfe verletzt. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Eidgenössischen Migrationskommission «EKM» belegt, dass Kinder in der Nothilfe in der Schweiz systematisch in ihren Rechten verletzt werden. Das Flüchtlingsparlament fordert rasche Reformen, eine öffentliche Entschuldigung sowie konkrete Wiedergutmachung für betroffene Kinder und Familien. Ein Dialog mit dem Kanton hat bereits begonnen.

**Stimme erheben und Teilhabe leben:** Mit dem Partizipationsprojekt «Unsere Stimmen Aargau» erhalten Geflüchtete im Kanton Aargau die Möglichkeit, ihre Anliegen in den politischen Prozess einzubringen, nicht nur symbolisch, sondern mit konkreten Vorschlägen, Forderungen, Gesprächen und politischen Kontakten.



**Ein Projekt von Geflüchteten für Geflüchtete:** Die 4. kantonale Flüchtlings-session Aargau ist ein Projekt von NCBI Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Verein Netzwerk Asyl Aargau «VNAA». Es wird unterstützt vom Amt für Migration und Integration des Kantons Aargau sowie weiteren Partnerorganisationen.

**Kontakt:** Ron Halbright, [ron.halbright@ncbi.ch](mailto:ron.halbright@ncbi.ch), 076 490 10 50, <https://fluechtlingsparlament-schweiz.ch/fluechtlingsparlament-aargau/vierte-kantonale-fluechtlingssession-aargau/unserestimmen@ncbi.ch>

**Kontakt:** Mohamed Abdulkadir, [m.abdulkadir@gmx.ch](mailto:m.abdulkadir@gmx.ch), 077 470 99 49, <http://www.netzwerk-asyl.ch/>

## Jahr 2026

**Interviews mit Flüchtlingsparlamentarier:innen sowie ein Besuch der Dialogveranstaltungen mit Politik und Verwaltung sind möglich**

### Medienmitteilung

**Kontakt:** Ron Halbright, [ron.halbright@ncbi.ch](mailto:ron.halbright@ncbi.ch), 076 490 10 50

**Kontakt:** Mohamed Abdulkadir, [m.abdulkadir@gmx.ch](mailto:m.abdulkadir@gmx.ch), 077 470 99 49

## 5. „Aargauer Asyl-Dialogabend ohne Sündenbock-Politik“ der Kantonalen Flüchtlings-session: am Mittwochabend 12.1.26 mit Grossrätin Barbara Borer-Mathys (SVP) und Alt-Grossrätin Karin Faes (FDP) im Aarauer Rathaus

Am 5. und letzten „Aargauer Asyl-Dialogabend ohne Sündenbock-Politik“ standen 15 Geflüchtete am 12.1.26 im intensiven Dialog mit Grossrätin Barbara Borer-Mathys (SVP) und Alt-Grossrätin Karin Faes (FDP). Wie die Politikerinnen erwarteten, haben die Meinungsunterschiede den Austausch erschwert, jedoch waren alle am Schluss dankbar für die Ehrlichkeit und den Einblick in andere Denkweisen und Argumentationen. Anfänglich haben Geflüchtete erklärt, wie Ausgrenzung, Rassismus und Integrationsblockaden die Erfüllung ihrer demokratischen Pflicht zur Teilnahme und ihre Bemühungen zur wirtschaftlichen Selbständigkeit erschwert haben. Der Zugang zu Bildungsangeboten wurde für einige der Anwesenden zu wenig ermöglicht, insbesondere für Mütter. Eine Frau berichtete: „Wenn ich eine Ausbildung absolvieren möchte, kommt die Antwort, dass die Frauen in meinem Heimatland kaum Freiheit geniessen, warum soll ich hier etwas anders erwarten.“

Frau Borer-Mathys betonte, dass Integrationsmassnahmen einen Verbleib in der Schweiz nicht attraktiver machen sollten. Insbesondere die Vorläufige Aufnahme (Status F) und der Schutzstatus S für ukrainische Geflüchtete sind „rückkehrorientiert“. Dieser Sichtweise hielten die Flüchtlingsparlamentarier:innen entgegen, dass 90% der Vorläufig Aufgenommenen erfahrungsgemäss in der Schweiz bleiben, weil sich die Lage in ihren Herkunftsländern nicht stabilisiert. Ohne Ausbildung kann jemand kaum sich selber, geschweige denn eine Familie ernähren - auch Erwerbstätige in prekären oder temporären Arbeitsverhältnissen bleiben zu oft von der Sozialhilfe abhängig. Frau Faes gab zu bedenken, dass auch Ungelernte monatlich Fr. 5'000 beispielsweise auf dem Bau verdienen können. Ein anwesender gelernter Spengler berichtete, er verdiene rund Fr. 4'300; für Ungelernte seien eher Fr. 3'700 zu erwarten. Statistiken weisen ein Spektrum zwischen SFr. 3.000 und 4.500 mit einem Einstiegslohn von unter Fr. 4'000 aus.

Frau Faes betonte, dass je nach Gemeinde auch Schweizer Familien im Kanton Aargau die Kosten der Ausbildung und der Kinderbetreuung selbst tragen müssten. Für die Flüchtlingsparlamentarier:innen war dieser Vergleich irritierend. Einheimische absolvieren bis zum Alter von 25 Jahren zu 95% eine Sek II-Berufsausbildung oder Matura und müssen nicht zuerst eine neue Sprache als Erwachsene lernen, um zu kommunizieren. Erwachsene Geflüchtete kommen in der Regel ohne in der Schweiz anerkannte Ausbildung und müssen für fast jede Arbeitsstelle Deutsch sowie Dialekt lernen. Shishai Haile vom Flüchtlingsparlament Aargau betont: „Wenn der Kanton will, dass wir selbständig werden, braucht es eine Investition in Bildung und Integration, auch für diejenigen mit F- oder S-Status. Wer über die Kosten der Sozialhilfe klagt und gleichzeitig die Integration und den Zugang zur Bildung blockiert, sollte die Realitäten des Arbeitsmarkts für Geflüchtete besser kennenlernen.“

Frau Faes betonte die finanzielle Rückkehrhilfe des Kantons. Ein Grossteil der Vorläufig Aufgenommenen kam vor rund 10 Jahren aus Syrien, Afghanistan, Iran und Eritrea in die Schweiz. Dazu kommt die grosse Gruppe der Schutzsuchenden aus der Ukraine. Jedoch kommt es in Syrien weiterhin zu bewaffneten Kämpfen und der Wiederaufbau hat noch nicht angefangen. Die Regierungen in Afghanistan, Eritrea und im Iran unterdrücken die Bevölkerung immer noch massiv und die Ukraine bleibt ein Kriegsgebiet ohne sichere Regionen: die Hauptstadt Kiew erlebt diese Woche massive Angriffe und wird evakuiert.

## Bericht Flüchtlingsparlament 2025 - 2026 im Rathaus Aarau

Der Austausch über die geplante „Bezahlkarte“ für Asylsozial- und Nothilfe zeigte pragmatische Überlegungen. In der vom Grossen Rat angenommenen Begründung der Motion sind für Geflüchtete unnötige bis unakzeptable Einschränkungen vorgesehen: kein Zugang zu Bargeld, keine Einkäufe ausserhalb des Kantons usw. Die zwei Politikerinnen betonten wiederholt, dass die Begründung nicht verbindlich ist und versprochen, dass die Verwaltung und der Grosse Rat solche Fragen genau überprüfen würden. Die Flüchtlingsparlamentarier:innen haben angeregt, sich mit der zuständigen Kommission auszutauschen, um die Alltagsrealität von Flohmärkten und Kinder-Taschengeld einbringen zu können.

Die Grossrätinnen betonten weiter, dass der Bund kürzlich die Bewilligungspflicht für Status S in eine Meldepflicht umgewandelt hat. Die Flüchtlingsparlamentarier:innen begrüsst diese Erleichterung und drückten ihre Hoffnung aus, dass die Arbeitgebenden gut über diese Veränderung informiert sind. Gleichzeitig fragten sie sich, warum es drei Jahre dauern musste, bis die Politik erkannt hat, wie schädlich die bisherige Praxis für die Arbeitsintegration war.

Zum Schluss bedankten sich die Grossrätinnen und die Flüchtlingsparlamentarier:innen für die Zeit und die offene Kommunikation. Alle wären bereit, weiterhin auszutauschen und voneinander mehr über die Realitäten in der Politik und im Asyl-Alltag zu lernen.

An vorherigen Dialogabende von September bis Dezember haben Grossratsmitglieder aus den anderen Parteien sowie Regierungspräsident Dieter Egli und Vertretungen der kantonalen Verwaltung teilgenommen

Zur Vorbereitung trafen sich rund 60 Aargauer Geflüchtete in vier Online Kommissionen jeweils dreimal. Die vier Kommissionen des Flüchtlingsparlaments bestehen aus Geflüchteten aus über zehn Herkunftsländern und bereiteten sich seit August intensiv auf die Dialogabende vor. Sie arbeiten zu folgenden Schwerpunkten:

- **Kommission Bildung:** Zugang zu Sprachkursen, Schulen, Ausbildung und Studium, auch für geflüchtete Mütter.
- **Kommission Menschen in Not:** Umgang mit psychischer Belastung und die Situation abgewiesener Asylsuchender.
- **Kommission F- und S-Status:** Lebensbedingungen und Arbeitsintegration.
- **Kommission Beeinträchtigung:** Fairer Zugang zu Informationen, Beratung und Unterstützung.

*„Wir schätzen die Offenheit von Politik und Verwaltung im Kanton Aargau, mit Geflüchteten in den Dialog zu treten, das ist keine Selbstverständlichkeit“, sagt Shishai Haile vom Flüchtlingsparlament Aargau. „Doch gleichzeitig nimmt die Sündenbock-Politik auf Kosten der Geflüchteten zu. Wer mit Verallgemeinerungen und Verschlechterungen der Lebensbedingungen politisch punkten will, sabotiert die wichtigen Integrationsbemühungen des Kantons und der Betroffenen und erhöht die Sozialhilfeabhängigkeit.“*

### Hintergrund:

Erste Erfolge und offene Baustellen: Bereits in den vergangenen drei Jahren konnten durch das Flüchtlingsparlament konkrete **Verbesserungen** erreicht werden:

- Erhöhung der Altersgrenze für Arbeitsintegrationsprogramme «INVOL» auf 40 Jahre
- Anpassung der Tagesgelder für die Asylsozialhilfe
- Ausbau der psychologischen Betreuung
- Verbessertes Zugang zur Integration für geflüchtete Mütter
- Infoveranstaltungen zur Arbeitsintegration für ukrainische Geflüchtete
- Ersatz der Arbeitsbewilligungspflicht für Schutzsuchende (S-Status) ab 1.11.25 durch einen einfachen Meldepflicht..

**Stimme erheben und Teilhabe leben:** Mit dem Partizipationsprojekt «Unsere Stimmen Aargau» erhalten Geflüchtete im Kanton Aargau die Möglichkeit, ihre Anliegen in den politischen Prozess einzubringen, nicht nur symbolisch, sondern mit konkreten Vorschlägen, Forderungen, Gesprächen und politischen Kontakten. **Ein Projekt von Geflüchteten für Geflüchtete:** Die 4. kantonale Flüchtlings-session Aargau ist ein Projekt von NCBI Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Verein Netzwerk Asyl Aargau «VNAA». Es wird unterstützt vom Amt für Migration und Integration des Kantons Aargau sowie weiteren Partnerorganisationen.

**Kontakt:** Ron Halbright, ron.halbright@ncbi.ch, 076 490 10 50, <https://fluechtlingsparlament-schweiz.ch/fluechtlingsparlament-aargau/vierte-kantonale-fluechtlingssession-aargau/>  
[unserestimmen@ncbi.ch](mailto:unserestimmen@ncbi.ch)

**Kontakt:** Mohamed Abdulkadir, [m.abdulkadir@gmx.ch](mailto:m.abdulkadir@gmx.ch), 077 470 99 49, <http://www.netzwerk-asyl.ch/>